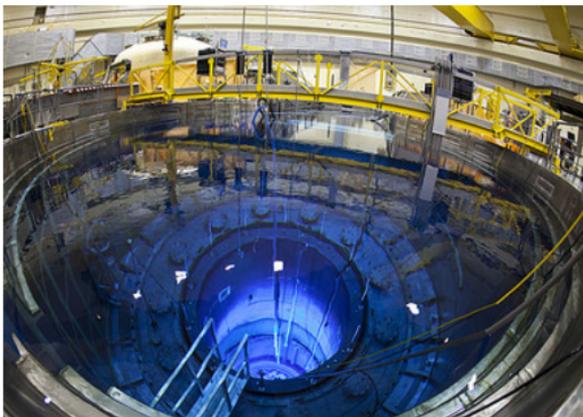


AKW Mühleberg: Im Berner Grossen Rat fliegen erneut die Fetzen

Mittwoch, 26. Januar 2011, 13:20 Uhr

18 Tage vor der Mühleberg-Abstimmung haben sich Befürworter und Gegner der Atomkraft im Berner Kantonsparlament, dem Grossen Rat, nochmals einen verbalen Schlagabtausch geliefert. Es ging um die Rolle der Regierung und des Stromkonzerns BKW im Abstimmungskampf.



Streitpunkt AKW Mühleberg: Die Regierung will erneuerbare Energien, der Grosse Rat ein neues Atomkraftwerk. *keystone*

Beide Lager nutzten das Mittel der Interpellation, um im Lauf der knapp zweistündigen Debatte die eigene Position zu bekräftigen. Definitiv zu entscheiden gab es jedoch noch nichts.

Die bürgerliche Ratsmehrheit attackierte dabei die rot-grüne Regierung: Ihr offensiver Einsatz für ein Nein zu einem Ersatz-Atomkraftwerk in Mühleberg in der kommenden Abstimmung vom 13. Februar sei unstatthaft, nachdem sich der Grosse Rat klar für ein neues AKW Mühleberg ausgesprochen habe.



Streitpunkt Abstimmungsunterlagen

In den Abstimmungsunterlagen über das Atomkraftwerk Mühleberg fehlt der Hinweis, dass das AKW auch als Zwischenlager für radioaktive Abfälle dienen soll. Die Bernischen Kraftwerke BKW FMB Energie AG weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das geplante Zwischenlager in sämtlichen Gesuchsakten erwähnt worden sei.

Zu einer Volksabstimmung am 13. Februar kommt es, weil sich der bürgerliche Grosse Rat und die rot-grüne Kantonsregierung uneinig sind. Der Grosse Rat befürwortet einen Ersatz des AKW Mühleberg, die Regierung will auf erneuerbare Energien setzen.

Im Gegensatz zum Kanton haben die Stadtberner Stimmberechtigten bereits einen Grundsatzentscheid zum Atomstrom gefällt. In einer Abstimmung Ende November 2010 beschlossen sie, dass Energie Wasser Bern (EWB) ab 2039 keinen Atomstrom mehr verkaufen darf.

Reihe von Anschuldigungen

«Die Regierung hat ihre Kompetenzen überschritten», sagte Erwin Burn von der EDU-Fraktion. Energiedirektorin Barbara Egger (SP) missachte den Auftrag des Parlaments und nutze jede Gelegenheit, den Kanton Bern ins Strom-Abseits zu manövrieren, ergänzte Ueli Jost (SVP).

Roland Näf, Präsident der bernischen SP, wies die Kritik zurück. Es herrsche schliesslich Gewaltenteilung, und die Regierung sei gegenüber dem Volk verpflichtet, zu ihrer Meinung zu stehen. Das Amt missbraucht habe hingegen Grossratspräsident Gerhard Fischer (SVP), als er die Regierung im Namen aller Grossräte öffentlich gemassregelt habe.

«Prügel» für die BKW

Die Linke derweil nahm die Rolle der BKW ins Visier: Die Mühleberg-Betreiberin mische sich mit unzulässiger Propaganda in den Abstimmungskampf ein. Dabei unterschlage sie wesentliche Informationen wie etwa eine transparente Kostenrechnung, sagte Nadine Masshardt (SP).

Die BKW verbreite eine «Vielzahl von Halbwahrheiten», befand auch Blaise Kropf von den Berner Grünen. Sie stelle die Atomkraft als sichere Energieform dar und wisse dabei nicht einmal, woher das eigene Uran genau stamme, ergänzte Franziska Schöni-Affolter aus der GLP/CVP-Fraktion.

Vorschlag Runder Tisch

Die BDP konterte die Kritik am Stromkonzern. Die BKW informiere transparent, sagte Bernhard Riem. Offene Fragen gebe es hingegen zur Finanzierung der Gegenkampagne. So sei es stossend, dass sich der baselstädtische Energiefonds in den Abstimmungskampf einmische und die AKW-Gegner unterstütze.

Einen Schritt in Richtung Versöhnung wollte Peter Flück (FDP/Brienz) machen: Er lud alle Fraktionen zu einem Runden Tisch in der kommenden Woche ein, um eine Auslegeordnung in der Energiepolitik vorzunehmen.

Die EVP betreibe einen solchen Runden Tisch bereits fraktionsintern, erwiderte der Thuner Marc Jost. In seiner

Fraktion gebe es nämlich sowohl AKW-Befürworter als auch Gegner. Energiedirektorin Barbara Egger begrüßte Flücks Initiative. Auf weitere Ausführungen zur Debatte verzichtete sie.